



Interviews

Datum: 02. März 2025

Friedbert Meurer im Gespräch mit Irina von Wiese, Professorin für internationales Recht und Politik und Präsidentin des European Centre for Populism Studies

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Meurer: Das Interview der Woche, einen schönen guten Tag. Wir leben in politisch bewegten Zeiten, man kann auch sagen in sehr unruhigen Zeiten. Außen- und sicherheitspolitisch werden wir vor ungeahnte Herausforderungen gestellt. Auf den Schutz der USA scheint nicht mehr unbedingt Verlass zu sein. Und innenpolitisch gibt es in vielen europäischen Staaten statt Konsens scharfe Meinungsverschiedenheiten. Die Parteiensysteme verändern sich. Etablierte Parteien werden kleiner, neue, radikalere entstehen. Auch in Deutschland sind sie entstanden. Irina von Wiese ist Vorsitzende des European Centre for Populism Studies, zu Deutsch: Europäisches Zentrum für Populismusstudien, eine weltweite Denkfabrik mit Sitz in Brüssel. Wir erreichen sie in London, guten Tag, Frau von Wiese.

Von Wiese: Einen wunderschönen guten Tag aus dem sonnigen London.

Meurer: Dieses Phänomen des Populismus, was wir in so vielen europäischen Ländern und natürlich auch in den USA beobachten, auch in Deutschland, wie erklären Sie sich das? Wo und wie hat das seinen Anfang genommen?

Von Wiese: Ja, in der Tat eine Herausforderung, obwohl ich mir nicht sicher bin, wie ungeahnt wirklich diese Herausforderung heute ist. Denn Populismus ist ja kein neues Phänomen. Das, was daran neu ist, ist vielleicht die Art und Weise und insbesondere die Rolle der Technologie. Darauf komme ich gerne noch mal zurück. Es hat sich schon was geändert. Aber Populismus als solchen, den gibt es ja, solange es eigentlich Demokratie gibt. Für mich ist das so ein bisschen die Kehrseite der Demokratie. Das heißt, man nutzt demokratische Strukturen aus, um sie irgendwann mal tatsächlich abzubauen. Das ist nicht neu. Das gibt es natürlich in ganz Europa, in Amerika, in Lateinamerika schon seit geraumer Zeit. Ob Deutschland da eine Sonderposition hat, da bin ich mir nicht so sicher.

Meurer: Man hat ja den Eindruck, es gibt im Prinzip zwei große Konzepte. Das eine ist der Liberalismus, so, wie wir ihn verstehen. Freie, offene Gesellschaften, freie, soziale Marktwirtschaft. Und dann sagen Sie, auf der anderen Seite als Kehrseite der

Demokratie der Populismus. Gibt es da eine Wechselwirkung? Hat der Liberalismus für uns an Anziehungskraft verloren?

Von Wiese: Möglicherweise. Also, der Begriff Populismus ist ja einer, der wirklich am häufigsten verwendeten und gleichzeitig am wenigsten präzise definierten Begriffe im heutigen politischen Diskurs. Nur eins ist klar: Es ist nichts Gutes. Die allgemein am ehesten akzeptierte Fassung lautet ungefähr so: Populismus ist eine Art und Weise, Wahlkampf zu betreiben und Menschen zu beeinflussen, das heißt ein Mittel zum Zweck. Der Zweck ist die Machtübernahme und das politische Programm meistens zweitrangig. Das Mittel ist immer das gleiche. Es geht um die Polarisierung zwischen dem sogenannten Volk, das gut ist, und der sogenannten Elite, die korrupt ist. Und es ist eben nicht eine harte Ideologie wie Liberalismus oder Sozialismus oder Faschismus. Deshalb gibt es ja auch sowohl rechtsextreme als auch linksextreme Populisten. Sie befürworten nur deshalb extreme Inhalte, weil die sich eben leichter vermitteln lassen und leichter Emotionen wecken. Und genau das wollen die Populisten. Was sie aber wirklich wollen, ist Macht. Populismus ist ein Vehikel zur Macht.

Meurer: Aber gerade, wenn Sie sagen, das ist ein Phänomen, das es schon länger gibt, das es eigentlich schon immer gibt, seitdem gewählt wird, seitdem es Demokratie gibt, dann stellt sich die Frage: Warum jetzt? Warum glauben jetzt Menschen, darin besser aufgehoben zu sein als bei den herkömmlichen Angeboten, die ich mal mit „Angebote des Liberalismus“ überschreibe?

Von Wiese: Wie gesagt, ich glaube nicht, dass es ein neues Phänomen ist. In verschiedenen Formen hat es Populismus immer gegeben. Aber es gibt einen großen Unterschied, für mich jedenfalls. Und das ist Technologie und unsere Beziehung zur Wahrheit. Technologie, wohl eines der wenigen Elemente in der Geschichte der Menschheit, die uns tatsächlich fortgeschritten hat. Das bedeutet, dass heute wir eine wirklich glaubhafte Verzerrung der Wahrheit erzeugen können. Zum Beispiel Deep Fake Videos. Und das bedeutet, dass es selbst für Experten wirklich schwierig geworden ist festzustellen, was wahr ist und was nicht. Unmengen von Desinformationen und Fehlinformationen im Internet, aber auch in der Mainstream-Presse. Und das begünstigt populistische Botschaften und natürlich auch ausländische Einmischung, zum Beispiel bei Wahlen. Wenn die Demokratie aber als solche auf korrekten Informationen der Wähler angewiesen ist, dann bricht sie in einem postfaktischen Zeitalter irgendwann zusammen. Man könnte sie genauso gut auch gleich abschaffen. Und genau das wollen ja auch eine Reihe populistischer Bewegungen und Parteien. Und ich möchte daher wirklich herausstellen, dass die eigentlich existenzielle Bedrohung für die Demokratie, das ist die technologische Entwicklung der letzten Jahre. Und Populismus weiß eben, wie man diese Technologie ausnutzen kann, um Lügen glaubhafter zu machen und letztlich die Grenze zwischen Wahrheit und Unwahrheit zu verwischen.

Meurer: Da Sie gesagt haben, das begünstigt die Ausbeutung des Populismus, gibt es auch ein Phänomen, dass die Menschen zum Teil enttäuscht sind von dem, wie politische Prozesse heute laufen und dass sie dann sagen, dann kehren wir doch lieber zurück, machen Grenzen zu, kommen zum Konzept des Nationalismus, der Nationalisierung zurück?

Von Wiese: Ja und nein. Also, ich glaube schon, dass Populismus eine Reaktion ist auf die Fehlentscheidung, ich würde nicht sagen das Scheitern, aber durchaus der Krise der liberalen, demokratischen Systeme, des westlichen Kapitalismus und alles dessen, was wir eben zumindest seit Ende des Kalten Krieges als, ja, selbstverständlich in der westlichen Demokratie gehalten haben. Da sind eben Menschen einfach nicht mitgenommen worden. Und diese Menschen irgendwann mal haben herausgefunden, dass sie eine Stimme bekommen durch die Populisten. Und diese Stimme hatten sie vorher einfach nicht. Und wenn man Menschen ignoriert oder als irgendwie unwissend oder dumm darstellt, gut, dann irgendwann mal kommen die natürlich zurück. Und wenn man ihnen die Möglichkeit gibt, ihre Stimme plötzlich laut über soziale Medien und eben über populistische Parteien zu hören, dann ist es völlig klar, dass sie das tun. Insofern denke ich, ja, wir haben uns – wir als liberale, demokratische, zentrische Parteien und Bürger – wir sind da geschlafwandelt und haben das einfach zu lange nicht gesehen. Wir waren zu lange arrogant und besserwissend.

Meurer: Sie waren ja selbst beispielsweise in der britischen Politik aktiv. Sie waren für die britischen Liberaldemokraten eine Zeit lang Europaabgeordnete. Dann kam der Brexit. Wäre der Brexit ein Beispiel in Großbritannien dafür, dass die bis dato Mainstream-Parteien, dass die Politik einfach nicht genau hingehört hat, was die Menschen außerhalb Londons wollen und was sie bewegt?

Von Wiese: Absolut. Und das haben wir gesehen. 2016 war das Jahr des Brexit-Referendum in Großbritannien, aber natürlich auch der ersten Wahl von Donald Trump in Amerika. Und in beiden Wahlen haben wir genau die gleiche Spielweise gesehen hinsichtlich der populistischen Parteien. Die Brexit-Partei, damals noch UKIP, die Pro-Brexit-Bewegung in Großbritannien, die haben sozusagen das Volk – also diejenigen, die sich nicht mehr gehört fühlten – auf ihre Seite gezogen. Und die haben mit völlig anderen Argumenten gekämpft als wir. Wir, die Remain-Seite, wir haben natürlich gesagt, das macht wirtschaftlich überhaupt keinen Sinn und wir haben Daten gehabt und rational argumentiert, wie man das halt so tut als Mensch der Aufklärung. Darum ging es überhaupt nicht. Darum ging es denjenigen nicht, die auf Brexit einfach als Revolte gesetzt haben, eben die Revolte gegen die Regierung, die sie nicht mehr gehört hat, die sogenannte Brüsseler Bürokratie, von denen sie sich vollkommen übergangen fühlten. Und das ging über die Herzen und nicht die Gehirne der Menschen. Und das haben wir einfach nicht erkannt.

Meurer: Da könnte man ja sagen, Frau von Wiese, das war ein Fehler liberaler Parteien, konservativer Parteien, sozialdemokratischer Parteien, von Labour also in

diesem Beispiel, gewesen. Aber Sie sprechen von Arroganz. Was macht die Arroganz aus?

Von Wiese: Die Arroganz spielt eine ganz, ganz wichtige Rolle für die Populisten. Die Arroganz ist das, was wirklich das Scheitern meiner Ansicht nach der zentristischen liberalen Kräfte mit bewirkt hat. Man muss sich ja nur mal angucken, wie Macron zum Beispiel seine Politik in Frankreich dargestellt hat. Die Tatsache, dass so viele Menschen ihn nicht mehr mochten, lag nicht an seinen Programmen, sondern an der Art, wie er diese Programme dargestellt hat. Und die gleiche Arroganz habe ich zum Beispiel erlebt, als ich 1991 als junge Juristin, frisch aus der Uni, nach Schwerin gegangen bin, um dort mitzuhelfen bei der Erstellung der neuen Verfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern, wo eine Reihe von Wessis halt nach Ostdeutschland ging in ihren schicken Kostümen und Haarschnitten und den Schweriner Abgeordneten, die zum Teil für ihre politische Meinung im Gefängnis gesessen haben, erklärt haben, wie man nun so eine Verfassung schreibt. Und die Arroganz, die da involviert war, die fand ich damals schon peinlich. Und ich kann gut verstehen, dass 35 Jahre später die Menschen in Ostdeutschland jetzt endlich sagen: Wir haben genug davon. Die gleiche Arroganz, die vielleicht auch in Großbritannien lange Zeit die zentristischen Parteien gehabt haben und ganze große Abschnitte ihrer eigenen Bevölkerung dabei zurückgelassen haben.

Meurer: Deutschlandfunk, Interview der Woche mit Irina von Wiese, die Vorsitzende des European Centre for Populism Studies. Frau von Wiese, wir sind in Ostdeutschland. Wir sind in Deutschland. Was ist das Besondere an den populistischen Spielarten, die es in Deutschland gibt gegenüber anderen Phänomenen in Europa, wie zum Beispiel Großbritannien und Frankreich, worüber wir geredet haben?

Von Wiese: Ich glaube, in Deutschland gibt es vielleicht ein paar Besonderheiten, aber auch viele Parallelen. Die erste Besonderheit natürlich ist die deutsche Geschichte. Ich meine, ich habe in meiner Generation, glaube ich, und viele Menschen haben es für undenkbar gehalten, dass eine neofaschistische Partei in Deutschland nach weniger als 100 Jahren wieder Fuß fassen könnte. Das andere: die deutsche Wiedervereinigung. Wenn man sich die Wahlergebnisse, wie gesagt, 35 Jahre später, anguckt, hat die wirklich stattgefunden? Und auch deshalb, weil Deutschland sich vor zehn Jahren noch ganz bewusst auf die Seite derer gestellt hat, die fast unbegrenzte Immigration für machbar und einfach hielten. Das sind die Besonderheiten. Die Parallelen: Schon lange vor der AfD gab es natürlich in Frankreich, Italien, Niederlande, Österreich, Schweden usw. und fast allen osteuropäischen Demokratien rechts- und linkspopulistische Parteien, die Druck aufs Zentrum ausübten. Und natürlich auch in Großbritannien, weil bei uns das Mehrheitswahlrecht noch vor dem Aufstieg der Reform-UK-Partei schützt, aber sicher nicht mehr lange. Das habe ich am eigenen Leib im Europaparlament erlebt, wo dank Verhältniswahlrecht die nationalpopulistische Brexit-Partei, also die Vorgängerin der Reform Party, mit ihren 31 Sitzen lautstark gegen die EU hetzte.

Und wenn man sich die Parallelen zwischen Italien, Frankreich und Deutschland anschaut, drei Frauen mit blonden Locken, die neofaschistische Ideen ihrer Parteien hinter einer respektablen Fassade verstecken. Trump und Farage sind da vielleicht ein bisschen anders, aber auch die versuchen, so ein Mainstreaming von Ideen zu bewirken, die noch vor einem Jahrzehnt moralisch unvertretbar waren, zum Beispiel Klimanotstand leugnen.

Meurer: Dass es in Deutschland, Frau von Wiese, eine, wie Sie sagen, blonde Frau, sagen wir mal, eine Frau ist an der Spitze der AfD, und in Frankreich eine Frau, und in Italien eine Frau Meloni, ist das Zufall? Oder kann man da mehr hineininterpretieren?

Von Wiese: Schwer zu sagen, aber ich glaube, dass es schon etwas damit zu tun hat, diese Respektabilität der eigentlich radikalen Rechtsaußenparteien, so ein bisschen hervorzuheben. Und da macht sich vielleicht eine Frau irgendwie besser. Wenn man sich anschaut, Marine Le Pen im Gegensatz zu ihrem Vater, Jean-Marie Le Pen, das sieht halt irgendwie so mehr nach Mainstreaming und nach Normalität aus, ist es aber nicht und deshalb vielleicht ganz besonders gefährlich.

Meurer: Jetzt haben Sie ja an der einen oder anderen Stelle davon gesprochen, dass es eine linke und eine rechte Variante des Populismus gibt. Was unterscheidet die beiden?

Von Wiese: Nicht viel – wäre meine kurze Antwort. Also, im Endeffekt, wie gesagt, Populismus ist eine dünne Ideologie und dick in Kommunikation und ins Mittel zum Zweck. Und wenn man sich die Mittel zum Zweck anschaut, die zum Beispiel eine Sahara Wagenknecht oder ein La France insoumise mit Mélenchon in Frankreich und die Gegenseite auf der rechtsextremen Seite benutzen, die sind nicht so unterschiedlich. Und das sieht man auch, wenn man sich die Wählerschaft anschaut. Insbesondere bei jungen Wählern, die also ganz bewusst auf die Extreme gehen und zwar sowohl links als auch rechts.

Meurer: Je nachdem, wen man jetzt mit linker, populistischer Partei meint, zum Beispiel Jeremy Corbyn in Großbritannien oder vielleicht auch die Linke hier in Deutschland, ich weiß es nicht, die würden sagen, wir haben eine ganz andere Zielsetzung als Rechtspopulisten. Wir haben eine menschenfreundliche Zielsetzung. Wir wollen für Humanität und Menschenrechte kämpfen und genau das Gegenteil von dem, was Rechtspopulisten verlangen.

Von Wiese: Das ist richtig, aber die Frage ist: Sind das Versprechen, die haltbar sind? Und an wen adressieren sich diese Versprechen und warum? Wir haben zum Beispiel in unserem Zentrum für Populismusstudien ganz besonders junge Leute gefragt. Und ich unterrichte auch an einer Universität hier in London und frage meine eigenen Studenten. Und es ist ganz interessant, denn die Gründe aus denen insbesondere 18- bis 25-jährige junge Menschen für sowohl rechts- als auch linksradikale Parteien stimmen, die haben gar nicht so viel zu tun mit Migration oder

Kulturkampf, sondern eher mit was ich als Law and Order bezeichnen würde, also persönliche, physische Sicherheit. Junge Menschen und vor allem junge Frauen, haben oft Angst, abends alleine nach Hause zu laufen. Und dazu kommt dann die Unsicherheit über finanzielle, wirtschaftliche und Umweltzukunft. Da kommt die populistische Message „wir geben euch Sicherheit und Selbstwert“ eben gut an. Und ich glaube, die gibt es auch bei den linkspopulistischen Parteien. Wo es nämlich darum geht, eine bessere Zukunft zu versprechen und den Fehlschlag des Kapitalismus, das haben auch beide Extreme gemein, den sie eben anklagen und gegen den sie kämpfen.

Meurer: Und Sie würden die deutsche Linke, die jetzt so erfolgreich war bei der Wahl und vor allen Dingen bei den Jungen, zu den Linkspopulisten zählen?

Von Wiese: Vielleicht nicht in dem Maße, in dem zum Beispiel Bündnis Sahra Wagenknecht als solches qualifiziert ist. Dafür weiß ich nicht genug über die Besonderheiten der deutschen Politik. Aber insofern als es tatsächlich um das Mittel zum Zweck geht und die Art und Weise, in der vor allem Menschen angesprochen sind, die sich vollkommen ausgeschlossen fühlen. Ich glaube, da ist wirklich die AfD alleine als populistische Partei herausgestanden.

Meurer: Wir haben über die Rolle von sozialen Medien gesprochen, welche Triebkraft sie entwickeln in der Ausformung populistischer Bewegungen, in der Prägung von Menschen, was sie denken sollen, was sie an Informationen erhalten sollen. Wie würden Sie, was würden Sie den etablierten Medien empfehlen, wie sie mit dem Phänomen Populismus umgehen sollen? Zum Beispiel nehmen wir Deutschland, jetzt der Wahlabend, die Tage und Wochen davor, TV-Diskussionen mit Vertreten der AfD einen Tag nach dem anderen. Ist das das richtige Vorgehen?

Von Wiese: Ein guter Anwalt – und ich bin Juristin im Hintergrund – antwortet immer: Das kommt darauf an. Also im Prinzip glaube ich nicht, dass Zensur jemals funktioniert. Wenn wir versuchen, Menschen auszuschließen oder zum Schweigen zu bringen, gießen wir ja nur Öl ins Feuer. Und sie werden die Mainstream-Medien ja weiter verunglimpfen. Ich meine, sie werden ja sowieso gehört, die Populisten. Sie haben ihre eigenen und sehr effektiven Plattformen. Sie erwähnten insbesondere die sozialen Medien. Und es ist ja nicht so, als ob wir, die Mainstream Media, einer gefährlichen Botschaft dann eine Stimme verleihen. Die haben sie ohnehin. Natürlich, wenn es illegal wird, weil zum Beispiel Hate Speech oder Aufstachelung zur Gewalt wird, dann müssen wir natürlich stoppen. Aber Meinungsfreiheit und Pluralismus der politischen Parteien, das ist ja schließlich genau das, wofür wir kämpfen, die Grundpfeiler unserer Demokratie. Also, ja, ich denke, die Medien sollten der AfD die Möglichkeit geben, ihre Meinung zu äußern, aber nicht eine Plattform für einseitige Propaganda oder Verbreitung von Lügen zu missbrauchen. Und das heißt immer, mindestens eine Gegenmeinung dabei zu haben in jeder Sendung, die gleiche Sendezeit für alle unterschiedlichen Perspektiven und die sofortige Überprüfung von Fakten, wenn es da wirklich Lügen gibt. Und Fact

Checking war ja, bis zu Trumps Machübernahme jedenfalls, auch in Amerika durchaus erfolgreich.

Meurer: Wenn wir, Frau von Wiese, Vorsitzende des European Centre for Populism Studies, einmal kurz in die Zukunft schauen, niemand von uns hat die Kristallkugel, aber die AfD hat sich verdoppelt gegenüber der letzten Bundestagswahl. In Frankreich wird die rechtspopulistische Partei immer stärker. In Italien regiert sie und fast wäre jemand von der FPÖ Bundeskanzler in Österreich geworden. Ist das jetzt eine exponentielle Linie, die so weitergeht?

Von Wiese: Ich denke, wir alle in allen liberalen Demokratien stehen jetzt tatsächlich an einem Scheideweg mit zwei möglichen Richtungen. Entweder wird es den Nationalpopulisten gelingen, die Polarisierung unserer Gesellschaften weiter zu verstärken und auszunutzen, an die Macht zu kommen und diese Macht dann zu nutzen, um demokratische Kontrollmechanismen abzubauen. Wenn sie ihre erste Feindbildelite zerstört haben, erfinden sie dann halt eine neue. Und das wird dann weiter ihr Durchgreifen rechtfertigen, bis die Opposition so schwach ist, dass sie den Prozess der Autokratisierung nicht mehr stoppen können. Genau das passiert seit einigen Jahren in Ungarn. Und beunruhigenderweise sehen wir erste Anzeichen dafür, dass es auch in den USA passieren könnte. Sie haben mich noch nicht antworten lassen, was die andere Zukunftsversion ist, die eben optimistischere. Das heißt, in dieser optimistischen Version werden die Populisten irgendwann feststellen, dass es leichter ist, Versprechen zu machen als sie zu halten. Und sobald sie dann an der Macht sind, was sie ja in Deutschland in einigen Ländern zumindest sind, können sie das Volk nicht mehr auf ihrer Seite halten und sind mangels eines realistischen Programms, internen Machtkämpfen und Skandalen geplagt.

Meurer: Also wäre das Konzept eher nicht einmauern, sondern sie sich entzaubern lassen in einer Regierungspartei, in einer Regierungsbildung in den neuen Bundesländern beispielsweise?

Von Wiese: Ich glaube, das wird nicht ausreichen. Welche von diesen zwei Zukunftsversionen sich in Deutschland und letztlich auch weltweit abspielen kann, das liegt – richtig – in unseren Händen, unseren, den zentristischen, liberalen Parteien. Und wenn wir nichts tun, bin ich mir ziemlich sicher, dass die erste Version eintritt. Wenn wir akzeptieren, dass populistische Bewegungen, sowohl rechts- als auch linksextreme, ein Symptom für Versäumnisse der sogenannten westlichen, liberalen, demokratischen und kapitalistischen Systeme sind, dann müssen die Parteien der Mitte ganz erhebliche Änderungen vornehmen. Einerseits müssen wir uns gegen die Lügen und Angriffe auf demokratische Institutionen wehren und gleichzeitig müssen wir anfangen, Menschen zuzuhören, die sich entrechtet fühlen. Also, auf gerechtfertigte Anliegen und Sorgen einzugehen, heißt ja nicht, sich nach rechts oder links außen zu orientieren. Das ist fast immer gescheitert. Zentristen gewinnen nicht, indem sie Extremisten nacheifern, sondern indem sie eben glaubwürdige alternative Lösungen anbieten.

Meurer: Und das heißt umgekehrt, die etablierten Parteien sind gut beraten, nehmen wir mal an, es gibt eine Koalition von Union und SPD in Deutschland, sich dann auf eine Politik zu einigen und sie durchzusetzen, die in den Augen der Menschen Verbesserung bringt?

Von Wiese: Nicht nur das. Das wäre das Allermindeste, was sie zu tun haben. Aber ich glaube, wir müssen auch aufhören, Wähler wie Idioten zu behandeln und aufhören, Menschen mit berechtigten Ängsten als Rassisten oder Islamophobe zu brandmarken. Stattdessen wäre es vielleicht sinnvoll, sich ein bisschen mehr darum zu kümmern, das Vertrauen in demokratische Institutionen und Politiker wiederherzustellen. Ich bin Stadträtin hier in London. Ich spreche jede Woche mit Einwohnern in meinem Bezirk und jede Woche höre ich, dass Politiker alle gleich sind und keiner von ihnen vertrauenswürdig. Außer denen von Reform Party, die natürlich keine Politiker sind, sondern Leute wie sie. Und ich bin mir ziemlich sicher, dass das in Deutschland auch nicht anders ist. Wenn wir das nicht ändern, werden wir die Populisten nie schlagen.

Meurer: Frau von Wiese, ich bedanke mich für dieses Interview, danke schön nach London und auf Wiederhören.

Von Wiese: Ich habe zu danken.